

Nationalrat – Königsberger-Ludwig: Start ins Erwachsenenleben ist für nicht-privilegierte Kinder schwierig

Utl.: Abgeordnete kritisiert System der Sonderschulen und Verkennen von Potenzial =

Wien (OTS/SK) - In der Debatte zum Jugendbericht ortete Ulrike Königsberger-Ludwig, SPÖ-Sprecherin für Menschen mit Behinderungen, Handlungsbedarf, um eine Verbesserung der Lebenssituation für Kinder und Jugendliche in Österreich zu erreichen. Die Abgeordnete zeigt auf, dass der Start ins Erwachsenenleben für Jugendliche aus nicht-privilegierten Schichten schwieriger ist als für andere. „Genau an dieser Schnittstelle zwischen Jugend und Erwachsenenleben müssen wir mit unseren Maßnahmen ansetzen, wenn wir junge Menschen bestmöglich unterstützen wollen“, regte Königsberger-Ludwig an.****

Als ein wirksames Mittel nannte die Abgeordnete dabei überbetriebliche Ausbildungsstätten, in denen die Jugendlichen oft noch „nachreifen können“. Debatten darüber, ob es sich dabei um österreichische Jugendliche oder Jugendliche mit Migrationshintergrund handelt, sind für die Abgeordnete entbehrlich und der Sache nicht dienlich. Sie verwies dabei auch auf die bedauerliche Tatsache, dass in Sonderschulen besonders viele Kinder mit Migrationshintergrund beschult werden. „Diese Kinder werden quasi ausgelagert, das löst keine Probleme und nützt den Kindern keineswegs. Stattdessen müssen wir allen Kindern und Jugendlichen, die in Österreich leben, jene Förderung und Unterstützung zukommen lassen, die sie brauchen“, betonte Königsberger-Ludwig.

„Alle Kinder in Österreich müssen die gleichen Chancen haben, Kinder mit Migrationshintergrund haben dasselbe Potenzial wie Kinder mit österreichischen Eltern und verdienen Förderung und Entfaltungsmöglichkeiten“, bekräftigte die Abgeordnete und appellierte an die Jugendministerin, in der Debatte um die Abschaffung der Sonderschulen auch diesen Aspekt miteinzubeziehen. „Wir brauchen eine ehrliche Debatte in diesem Bereich, um am Ende die bestmögliche Förderung aller Kinder zu erreichen“.

Weiters verwies Königsberger-Ludwig auf die unterschiedlichen Regelungen in der Kinder- und Jugendhilfe hin und kritisierte dabei, dass das Heimaufenthaltsgesetz aus der Novelle des

Erwachsenenschutzgesetzes herausgenommen wurde. Ursprünglich war vorgesehen, das Heimaufenthaltsgesetz auf Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe auszuweiten. Dieses regelt den Schutz der Freiheitsrechte von Menschen in Pflege- und Betreuungseinrichtungen und Krankenhäusern und schafft darüber hinaus den rechtlichen Rahmen für das Personal in den Einrichtungen. „Ich erwarte mir, dass die Jugend- und Familienministerin ihr politisches Gewicht dafür nutzt, Verbesserungen für Jugendliche mit Behinderungen zu erwirken - egal, in welcher Einrichtung sie leben“, so Königsberger-Ludwig. (Schluss)
up/kg

~

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien,
01/53427-275

<http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/199/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0245 2017-03-01/17:48

011748 Mär 17

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170301_OTS0245